

# SPD setzt weiter auf Rainer Arnold

Der Nürtinger Abgeordnete tritt auch bei der nächsten Bundestagswahl an: „Wir wollen eine andere Politik“

Premiere bei der SPD im Wahlkreis Nürtingen: Zum ersten Mal wurde der Kandidat zur Bundestagswahl nicht von Delegierten der Ortsverbände auf den Schild gehoben, sondern von allen Mitgliedern, die an der Kür teilnehmen wollten. Beim Bewerber um das Direktmandat blieb jedoch alles beim Alten: Rainer Arnold tritt erneut an.

VON JÜRGEN GERRMANN

Seine Genossen statteten den 62-Jährigen mit einem Traum-Ergebnis aus: Von 87 Stimmberechtigten kreuzten nur zwei ein Nein an, einer enthielt sich – was eine Zustimmungquote von 96,55 Prozent ausmacht, wie Kreisvorsitzender Michael Wechsler schnell ausgerechnet hatte.

Arnolds Bewerbungsrede war von Kampfgeist und Zuversicht geprägt. Und er ließ auch spüren, dass ihm sein Spezialgebiet, die Sicherheitspolitik, große Freude macht, obwohl die „alles andere als populär ist“, wie er selbst sagte. Auch beim heiklen Thema Afghanistan freute er sich dartüber, dass er in zuweilen heftigen Diskussionen zwar nicht immer auf Zustimmung stoße – aber die allermeisten wenigstens einsähen, dass dieser Einsatz wohl notwendig sei.

**„Wir wollen, dass die Starken den Schwachen helfen. Und wir wollen denen helfen, stark zu werden.“**

Rainer Arnold, Abgeordneter und Kandidat

Und dann startete der Abgeordnete Attacken gegen die schwarz-gelbe Bundesregierung: In der ersten Hälfte der Legislaturperiode habe die sich entweder gestritten oder Klientelpolitik (wie etwa für Hoteliers) betrieben. Auch die Energiewende rühre nicht aus der Einsicht der Regierung, sie sei vielmehr von der Lebenswirklichkeit erzwungen worden.

Nur um den Regierungsfrieden zu wahren, seien während des letzten Koalitionsgipfels unsinnige Beschlüsse gefasst worden – wie die Einführung des Betreuungsgeldes, das für ihn Fiasko und Rückschritt zugleich sei.

Dass es der Bundesrepublik im europäischen Vergleich so gut gehe, liege daran, dass unter einem sozialdemokratischen Kanzler der Reformstau der Ära Kohl endlich beseitigt worden sei. Darauf könne



Freuen sich über das gute Wahlergebnis: der wieder als Kandidat nominierte SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold und seine Frau Margit.

man auch mal stolz sein, statt das eigene Licht unter den Scheffel zu stellen.

Ein solches Selbstbewusstsein dürfe aber nicht in Selbstherrlichkeit umschlagen. Wie jede Reform habe auch Hartz IV Korrekturbedarf.

So könne nicht hingenommen werden, dass der Niedriglohnsektor in Deutschland in den letzten Jahren gewachsen sei und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklaffe: „Wir wollen, dass die Starken den Schwachen helfen. Und wir wollen den Schwachen helfen, stark zu werden“, umriss Rainer Arnold sein Credo.

Gerade die Wirtschaft brauche Verlässlichkeit. Und dazu gehöre auch, zu den Forderungen nach einem höheren Spitzensteuersatz und der Wiedereinführung der Vermögenssteuer (ohne Betriebe zu belasten) zu stehen.

Eine der großen Fragen der Zukunft werde sein, wie die Balance zwischen Jung und Alt in der Gesellschaft erhalten werden könne: „Wir müssen die Sorgen beider ernst nehmen.“ Wer über Altersarmut rede, müsse indes in erster Linie über Erwerbsarmut reden. Man brauche daher dingend einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und mehr tarifgebundene Unterneh-

men: „Mit der Leiharbeit kann es so nicht weitergehen. Sie wird fast nur genutzt, um die Löhne zu drücken.“ Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ müsse spätestens nach vier bis sechs Wochen gelten. Und es bedeute auch, dass damit auch gleicher Lohn für Männer und Frauen in allen Lebenssituationen gemeint sei.

## Ein Plädoyer für eine „Energiepolitik aus einem Guss“

Arnold machte sich auch dafür stark, ökologische und soziale Fragen miteinander zu verbinden. Momentan zahle am Ende der Verbraucher die Zeche. Es könne nicht sein, dass die Energiewende letztlich von den Armen finanziert werde und sich immer mehr Unternehmen (selbst Hähnchenmäster und Golfplätze) von der Umlage für erneuerbare Energien befreien ließen.

„Wir brauchen eine Energiepolitik aus einem Guss“, unterstrich der Abgeordnete. Ohne einen Energieminister gehe es künftig nicht: „Sonst fahren wir die Wende an die Wand.“ In Wirklichkeit wollten nämlich viele aus den schwarz-gelben Reihen den Ausstieg aus der Atomkraft gar nicht und hielten ihre hämische Freude kaum

mehr zurtück, wenn mal was nicht klappe oder nur langsam vorangehe.

Auch das momentane Thema Nummer eins sparte Arnold nicht aus: „Deutschland braucht den Euro.“ Deswegen habe er dem Rettungsschirm zugestimmt: „Deutschland kann es nicht gutgehen, wenn es dem Rest Europas schlecht geht.“ Das sei freilich aber auch kein Freifahrtschein, dass die Regierung alles machen dürfte.

Indes: Man dürfe Griechenland und Spanien mit einer Arbeitslosigkeit von 50 Prozent bei jungen Menschen auch nicht zu Tode sparen. Sonst breche in den Krisenländern die Demokratie zusammen.

## Lob für die Präsenz im Wahlkreis und bei den Ortsverbänden

Peer Steinbrück sei der Kandidat, mit dem die SPD die echte Chance habe, ihre Ziele zu realisieren: „Er ist die klare Alternative zu der schwammigen Merkel.“ Es sei auch gut, dass er klar gesagt habe, dass er keiner sei, der noch mal als Minister in ein Kabinett eintrete. Arnold: „Wir wollen eine andere Politik. Und die ist in einer großen Koalition nicht möglich.“ Daher werde er sich mit ganzer Kraft für diesen Politikwechsel einsetzen: „Und dazu brauche ich euch.“

In der kurzen Diskussion konnte Rainer Arnold viel Lob einheimen: „Es ist vorbildlich, wie oft du im Wahlkreis und den Ortsverbänden bist“, sagte etwa das Nürtinger SPD-Urgestein August Fischer. Auch in kritischen Fragen habe man immer fair miteinander diskutieren können.

In Einzelpunkten ein „ungutes Gefühl“ zu haben, bekannte ein anderer Hölderlinstädter: Helmut Hartmann. Zum Beispiel, wenn Banken geschont und dafür die Rentner geschröpft werden: „Da hätte ich mir schon gewünscht, dass wir von der SPD erst mal knallharte Bedingungen stellen, bevor wir zustimmen.“ Selbstkritik übte der altgediente Gewerkschafter ebenfalls: Was Wolfgang Clement als Superminister der Regierung Schröder gemacht habe, sei wahrlich nicht das Gelbe vom Ei gewesen. Gottlob sei der nicht mehr in der SPD.

Aber letztlich packte Hartmann dann doch die Zuversicht. Wenn die Partei in Sachen Arbeitnehmerrechte und einer Rente, von der man auch leben könne, eine klare Linie fahre, dann habe er doch Hoffnung, „dass die SPD wieder ein Stück weit erkennbar ist“.

Und auch mal wieder Wahlen gewinne, statt immer nur Co-Pilot zu sein.